

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
sehr geehrte Gäste,

beginnen möchte ich meine Verwaltungsbericht mit einem Ereignis, welches heute fast 800 Jahre zurückliegt. Wie Wilfried Harms weiß, wurde die Ortschaft Nuttel am 24.04.1218 erstmalig, damals noch unter dem Namen Nutlo, urkundlich erwähnt. Mit heute 495 Einwohnerinnen und Einwohner kann die Bauerschaft Nuttel/Wemkendorf damit auf eine wirklich langjährige Geschichte zurückblicken.

Aus der Geschichte zurück in die Gegenwart. Die am Wochenende vom Verein Handel und Handwerk durchgeführte Gewerbeschau war aus meiner Sicht ein Erfolg. Tolles Wetter und damit auch viele Besucher beim Parkettwerk an der Stahlstraße haben auch unter den Ausstellern für eine gute Stimmung gesorgt.

Gemeinde 5.0 oder Industrie 4.0 stehen als Ausdruck für Digitalisierung – ein Prozess, der auch die Gemeinde Wiefelstede in verschiedenen Bereichen beschäftigt. Die schnelle Entwicklung der Technik, der für dieses Jahr bereits geplante Austausch der Server und eine personelle Veränderung in der Verwaltung haben dazu geführt, dass ich dem Verwaltungsausschuss vorgeschlagen habe, künftig auf Cloud-Arbeitsplätze umzustellen. Im Ergebnis bedeutet dieses, dass die in der Gemeindeverwaltung und in den Außenstellen ganz überwiegend nur noch kleine Arbeitsstationen installiert sein werden. Die Server werden dann von unserer Datenzentrale in Oldenburg betreut.

Diese Umstellung bedeutet für die Gemeinde Wiefelstede, das weniger hier vor Ort investiert werden muss (nur noch Bildschirme und Tastaturen) technisch garantiert ist, dass immer mit den neuesten Produkten gearbeitet werden kann. Wirtschaftlich gesehen wird es mit der Umstellung keine Einsparungen ergeben. Sichergestellt ist mit dieser Lösung allerdings, dass die technische Betreuung personell gut abgesichert werden kann. Vor Ort war die personelle Ausstattung zwar gut – die Gemeinde hat in diesem Bereich aktuell zwei Mitarbeiter beschäftigt – gleichwohl ist die Gemeinde künftig nicht mehr davon abhängig, gutes Personal auf einem leergefegten Arbeitsmarkt finden zu müssen um den Betrieb, bei einem Personalwechsel aufrecht erhalten zu können.

Mit der Digitalisierung der Steuerakte und der Einwohnerdaten einschließlich der entsprechenden Aktenführung soll als nächster Schritt die Digitalisierung des Rechnungswesens in Angriff genommen werden – ein Projekt, mit dem alle Abteilungen der Gemeindeverwaltung betroffen sein werden. Aktuell füllen Rechnungen und Belege alljährlich rd. 120 Ordner mit steigender Tendenz. Der virtuelle Rechnungseingang und die gesamte digitale Bearbeitung soll Zeit und Geld einsparen. Ein wichtiger – oder sogar der wichtigste Punkt wird dabei sein, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf diesen Weg mitzunehmen.

Gut abgeschlossen werden konnte das Jahr 2017 hinsichtlich des Finanzhaushaltes für laufende pvorgreifen zu wollen, wird das Ergebnis dazu führen, dass die eingeplante Kreditaufnahme in Höhe von 2.050.000 € deutlich reduziert werden kann – wenn sie nicht sogar gänzlich vermieden werden kann.

Erfreulich sind aktuell auch die Nachrichten vom Landkreis Ammerland. Neben der bereits im vergangenen Jahr angekündigten, beschlossenen und bereits in der Gemeindekasse eingegangenen Zahlung des Landkreises zur Entlastung der Gemeinden im Bereich der Kosten für den Betrieb der Kindertagesstätten hat der Kreistag inzwischen beschlossen, einen weiteren Betrag in Höhe von insgesamt 4,8 Mio. € aus dem Jahresabschluss 2017 an die Gemeinden zurückzuzahlen. Für die Gemeinde Wiefelstede ergibt dies einen Betrag in Höhe von rd. 640.500 €. Die Hauptverwaltungsbeamten haben sich darauf geeinigt, die Einwohnerzahl und die Schülerzahlen als Verteilungsschlüssel zu wählen. Eine Zahlung, die den Haushalt entlastet und meiner Auffassung nach zur Reduzierung der geplanten Kreditaufnahme in Höhe von fast 5 Mio. € dienen sollte.

In diese positiven Nachrichten des Landkreises passt auch der Vorschlag der Kreisverwaltung, die Förderrichtlinien für die Schaffung von Plätzen in den Kindertageseinrichtungen (Kindergärten und Kinderkrippen) zu verändern und die Richtlinienzuschüsse zu erhöhen. Für die Kindertagesstätte an der Ofenerfelder Straße bedeutet die Anhebung der Fördersätze um 1.444 €/je Platz einen zusätzlichen Investitionszuschuss in Höhe von rd. 115.200 €.

Nicht so positiv sind dagegen die Entscheidungen des Landes zur Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuchs für die Eltern. Sozialpolitisch ist diese Entscheidung für die Eltern und sicherlich erfreulich – nur sind die aktuell angedachten Regelungen zur Kostenerstattung durch das Land für die Gemeinde Wiefelstede nicht ausreichend, um die wegfallenden Elternbeiträge auszugleichen, was im Rahmen der Konnexität im Prinzip durch das Land gewährleistet werden müsste.

Die Kostenerstattung in Höhe von 55 % der anerkannten Fachpersonalkosten bedeutet für die Gemeinde Wiefelstede aktuell eine Differenz zum Beitragsausfall in Höhe von rd. 165.000 €. Auskömmlich wäre eine Kostenerstattung in Höhe von 60 %, sofern der Landkreis eingesparte Mittel der Kinder- und Jugendhilfe an die Gemeinde weiterleiten würde. Wichtig an dieser Stelle zu wissen ist die Tatsache, dass längst nicht alle erforderlichen Fachpersonalkosten in dieser Berechnung berücksichtigt werden. Personalkosten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nicht mit mehr als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt werden, fallen bei der Berechnung gänzlich unter den Tisch. Diese Beschäftigungsverhältnisse sind aufgrund erforderlicher und teilweise sogar vorgeschriebener Vertretungsregelungen zwingend notwendig.

Neben den monetär unerfreulichen, aber im Vorfeld auch befürchteten, Auswirkungen, wird sich die Kostenfreiheit des Kindergartenbesuchs für acht Stunden Betreuungszeit auch auf die Inanspruchnahme durch die Eltern auswirken. Es werden künftig mehr Ganztagsplätze nachgefragt werden als bisher, ferner wird die Betreuungsquote der drei bis sechsjährigen auf annähernd 100 % für alle Jahrgänge steigen und die Kinder werden ab dem 3. Geburtstag in den Kindergarten wollen bzw. aus der Krippe in den Kindergarten wechseln wollen.

Neben der Entscheidung des Landes zur Beitragsfreiheit hat das Land entschieden, dass die Eltern, deren Kinder zwischen dem 01.07. bis zum 30.09. einen Jahrgang das sechste Lebensjahr vollenden, entscheiden können, ob ihr Kind noch ein Jahr länger im Kindergarten verbleibt oder aber zur Schule geht. Bisher waren diese Kinder schulpflichtig. Die Entscheidung darüber könne Eltern bis zum 01.05. treffen. Diese, aus meiner Sicht grundsätzlich zu begrüßende Entscheidung wird dazu führen, dass die Aufnahmesituation in den Kindergärten noch kritischer wird als bisher angenommen.

In der morgigen Sitzung des Ausschusses für Generationen und Soziales wird die Anmeldesituation der Kindertagesstätten dargestellt werden. Da die Kindertagesstätte an der Ofenerfelder Straße erst im kommenden Jahr seinen Betrieb aufnehmen wird, können aktuell 54 Kinder im Südbereich nicht in den Kindergarten aufgenommen werden, obwohl hierauf ein Rechtsanspruch besteht. Mit der Perspektive, in einem neuen Kindergarten aufgenommen werden zu können, haben rd. 20 Eltern entschieden, ihr Kind erst ab dem 01.02.19 aufnehmen zu lassen. Problematisch ist die Situation allerdings für die verbleibenden Eltern, die zu einem großen Teil auf die Aufnahme angewiesen sind, da sie ihre Arbeitstätigkeit wieder aufnehmen wollen oder dieses auch müssen da der Arbeitgeber dieses verlangt.

Diese Fakten führen zu sehr belastenden Gesprächen und Situationen für die Eltern insbesondere, aber auch hier in der Verwaltung, da das Problem der Betreuung nicht gelöst werden kann.

Nach dem doch langen, und zum Schluss auch noch sehr kalten Winter, konnten die Bauarbeiten an verschiedenen Maßnahmen der Gemeinde nach erfolgter Ausschreibung begonnen werden.

Die Erschließung der Zuwegung zur Kindertagesstätte an der Ofenerfelder Straße wurde abgeschlossen; mit den Rohbauarbeiten wurde zwischenzeitlich begonnen. Die ersten Ausschreibungsergebnisse waren hier im Rahmen.

Der Abriss des Sanitärgebäudes in Gristede ist ebenfalls erfolgt, so dass der Baugrund für den Neubau ausgehoben werden konnten. Die ersten Ausschreibungsergebnisse liegen knapp im vorgegebenen Rahmen – leider sind bei den Erdarbeiten Dinge hervorgetreten, die nicht eingeplant waren.

Die Maßnahmen im Schulzentrum wurden ebenfalls ausgeschrieben und können termingerecht angegangen werden.

Bei der Erschließung des Baugebietes An der Alexanderheide sind leider auch Betonreste und Bauschutt an das Tageslicht gekommen, die zu entsorgen sind. Hier hatte die Verwaltung in der Kalkulation bereits Vorsorge getroffen und evtl. anfallende Kosten einkalkuliert. Hier wird in den Kaufverträgen mit den Bauwilligen darauf hinzuweisen sein, dass entsprechende Funde nicht ausgeschlossen sind.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Jörg Pieper

Bürgermeister